Das Magazin der VBV-Pensionskasse



4

Geld für eine bessere Welt

Wie Pensionskassen nachhaltig veranlagen



"Warum machen wir's nicht einfach?"

Einblicke in die Psychologie der Klimakrise



Nachhaltig investieren

Investments mit positivem Impact aus der Praxis

ls VBV sind wir es seit jeher gewohnt, langfristig und über Generationen hinweg zu denken. Eine betriebliche Altersvorsorge wird während des gesamten Arbeitslebens angespart, die Pensionszahlung erfolgt bis zum Lebensende.

Bei so langen Zeiträumen hat Nachhaltigkeit einen zentralen Stellenwert. Denn nur wenn wir so veranlagen, dass wir die Lebensqualität für unsere Berechtigten in der Zukunft nicht gefährden, werden wir unserer Verantwortung als Pensionskasse gerecht.

Bei der Nachhaltigkeit geht es aber auch noch um einen anderen Aspekt: Nachhaltigkeit ist auch aus Ertrags- und Risikoüberlegungen entscheidend. Im Sinne unserer Berechtigten gilt es, Chancen für neue Investitionen zu nutzen, aber auch Risiken zu vermeiden, die z. B. durch rechtliche Einschränkungen für gewisse Branchen und damit einhergehende Transformationsrisiken entstehen können. Denn letztendlich geht es immer auch darum, langfristig und nachhaltig gute Erträge für unsere Kunden zu erzielen.

INHALT

Grünes Geld

Wie Aktien und Anleihen zu mehr Nachhaltigkeit beitragen können SEITE 4

Gemeinsam in eine klimafreundliche Zukunft

Die Green Finance Alliance als erste staatliche Initiative für einen nachhaltigen Finanzmarkt SEITE 13

"Verändert sich das Klima, verändert sich alles"

Umweltpsychologin Isabella Uhl-Hädicke im Interview

SEITE 16

Die EU-Taxonomie

Wie Europa zum nachhaltigen Kontinent werden will SEITE 20

Nachhaltige Veranlagung in der Praxis

Wie die VBV mit ihren Investments zu einer besseren Welt beiträgt SEITE 22

Was Kunden wirklich wollen

Auf welche Nachhaltigkeitsaspekte Pensionskassen-Berechtigte Wert legen SEITE 26

IMPRESSUM

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER: VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Obere Donaustraße 49–53, 1020 Wien, office@vbv.at FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: Gernot Heschl. Otto Lauer

CHEFREDAKTION: Otto Lauer **REDAKTION:** Otto Lauer, Magdalena Schluckhuber, Corina Tripammer, Johanna Wenzl **FOTOS:** Sofern nicht anders angegeben, alle VBV

KONZEPTION, REDAKTIONELLE MITARBEIT, GRAFIK: Grayling Austria GmbH, Siebensterngasse 31, 1070 Wien, www.grayling.at LEKTORAT: Florian Praxmarer HERSTELLER: Druckerei Bösmüller VERLAGSORT: Wien HERSTELLUNGSORT: Stockerau OFFENLEGUNG: www.vbv.at/pensionskasse

Dieses Magazin wurde mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt, und die Daten wurden überprüft. Rundungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Bei personenbezogenen Hauptwörtern wurde die männliche Form verwendet. Dies ist als neutrale Formulierung gemeint, mit der wir ohne jegliche Diskriminierung alle Menschen gleichermaßen ansprechen.

Die Produktion dieses Magazins ist CO₂-neutral.







Liebe Leserinnen und Leser,

denken wir nur an den heurigen Sommer zurück: Hitzewellen, Trockenheit und Wasserrationierung, Waldbrände und Überschwemmungen oder Murenabgänge in allen Teilen des Kontinents. Die Klimakrise und die damit einhergehende Umweltzerstörung schreiten voran, das lässt sich nicht mehr leugnen. Wir müssen deshalb alles tun – und das in deutlich höherem Tempo als bisher –, um eine Klimakatastrophe abzuwenden. Das sind wir unserer jungen Generation schuldig.

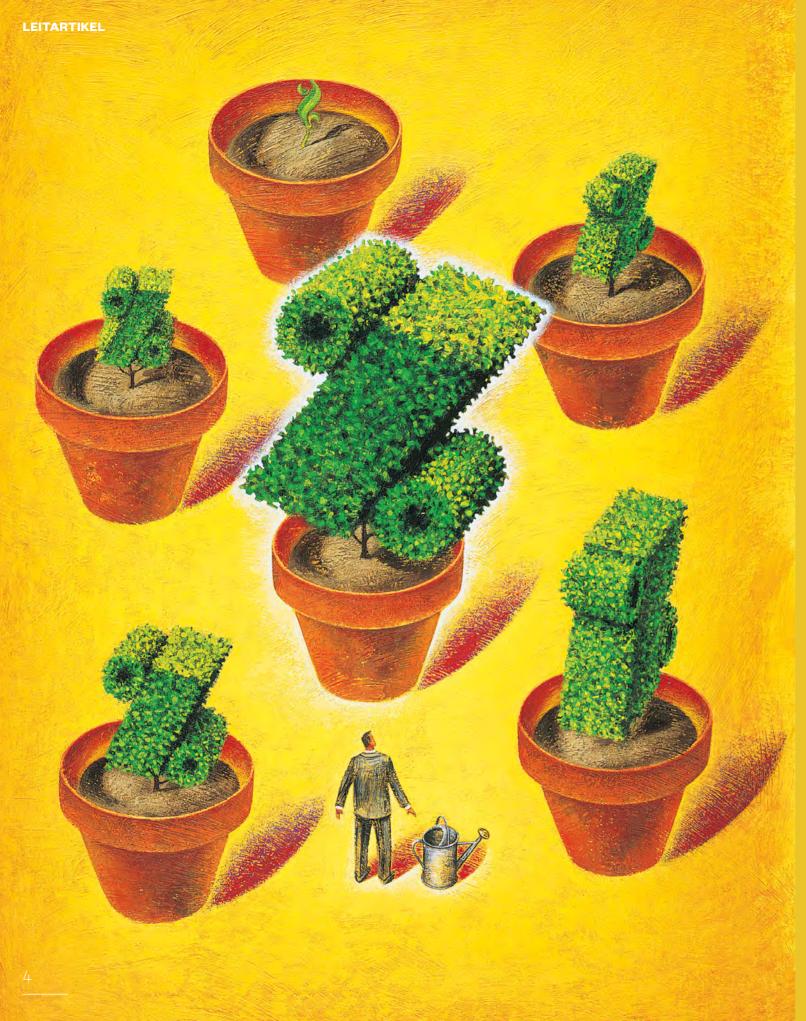
Als VBV sehen wir uns als Vorreiter beim Thema Nachhaltigkeit, wir tragen bereits seit vielen Jahren durch unsere Investments zu mehr Klimaschutz bei. Natürlich ist auch das ein Prozess, in dem wir uns laufend verbessern (müssen) und auch ständig dazulernen. Wir sind deshalb sehr stolz, dass wir einen weiteren Schritt gesetzt haben und als erste Pensionskasse Österreichs der Green Finance Alliance beigetreten sind.

Eines ist allerdings auch klar: So wichtig der Finanzsektor und der Hebel durch sein Kapital sind, auch die Politik muss ihren Beitrag leisten. Staatliche Mittel allein werden nicht ausreichen, um die Transformation hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft zu bewältigen. Umso mehr braucht es Rahmenbedingungen, die auch private Investoren wie z. B. Pensionskassen dabei unterstützen, die Mittel im notwendigen Ausmaß zur Verfügung zu stellen. Damit kann eine generationengerechte Finanzierung ermöglicht werden, die einerseits einen erheblichen Beitrag zur Erfüllung der Pariser Klimaziele leistet und andererseits ein den demografischen Herausforderungen adäguates Pensionssystem durch den Ausbau der zweiten und dritten Säule gewährleistet. Denn auch hier gilt es – ähnlich wie in der Energiepolitik –, die allzu starke Abhängigkeit von einem System zu verringern und so einen Beitrag für ein nachhaltiges System zu leisten.

Gernot Heschl Vorstandsvorsitzender der VBV-Pensionskasse

Jan_

Gernot Heschl. Vorstandsvorsitzender VBV-Pensionskasse



Grünes Geld

Warum nachhaltige Veranlagung so wichtig ist

Wir trennen Müll, ernähren uns bio und kaufen fair produzierte Kleidung. Wir fahren mehr mit den Öffis und achten generell auf eine nachhaltige Lebensführung. Bei der Veranlagung von Geld wird für viele Menschen das Thema Nachhaltigkeit allerdings abstrakt. Wie können Aktien, Anleihen. Immobilien oder Infrastrukturinvestments nachhaltig oder grün sein?

Geld regiert die Welt. Wie wichtig Nachhaltigkeit beim Thema Geld ist. erkennt man bei den Summen, die weltweit auf den Kapitalmärkten veranlagt werden. Alleine Pensionsfonds und Pensionskassen in Europa halten Kapitalanlagen im Gesamtwert von mehr als 2.200 Milliarden Euro, wie eine im August 2021 veröffentlichte Statistik für Pensionsmärkte der europäischen Versicherungs- und Pensionsfondsaufsicht EIOPA zeigt. Weltweit wird das Kapital von Pensionsfonds auf 60.000 Milliarden Euro geschätzt. In dieser Summe sind andere Veranlagungen, wie etwa solche von Privatpersonen, noch nicht einmal berücksichtigt. Zum Vergleich: Das Budget des österreichischen Staates sieht für 2022 Auszahlungen in Höhe von rund 99 Milliarden Euro vor, also weniger als 0,2% des weltweiten Pensionsvermögens.

Investments halten die Wirtschaft am Laufen

Bei solchen Summen ist es nicht egal, wohin das Geld fließt. Die veranlagten Pensionsgelder werden größtenteils auf dem Kapitalmarkt investiert, also Unternehmen zur Verfügung gestellt, die damit zum Beispiel Forschung betreiben, Produkte entwickeln oder neue Fabriken bauen. Dort. wo das Geld hinfließt, expandiert die Wirtschaft und werden neue Arbeitsplätze geschaffen. Branchen hingegen, die kein Geld für Investitionen bekommen, müssen sich umorientieren bzw. werden langfristig aussterben. Sehr vereinfacht ausgedrückt, macht es also einen riesigen Unterschied, ob die Gelder in Rüstungs- und Ölfirmen investiert werden oder ob man sie zum Bau von Schulen und Windkraftwerken verwendet.

EU ist Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit

Dass der Kapitalmarkt ein mächtiger Hebel für einen sozialen und ökologischen Umbau der Realwirtschaft sein kann, hat auch die

Europäische Union erkannt. Mit der Taxonomie-Verordnung (siehe ausführlich Seite 20) macht diese bereits seit 2018 Druck auf die Finanzbranche hinsichtlich Transparenz und Offenlegung. Die Taxonomie-Verordnung definiert nämlich Kriterien zur Bestimmung, ob Wirtschaftstätigkeiten nachhaltig sind oder nicht. Außerdem verpflichtet sie in einem ersten Schritt große Unternehmen dazu, offenzulegen, welche Tätigkeiten im Sinne der Taxonomie nachhaltig sind. Ihre Tätigkeiten müssen mit einem von sechs Umweltzielen in Einklang sein und Mindeststandards in sozialen Bereichen und bei Menschenrechten

»Die Taxonomie-Verordnung ist ein großer Wurf und Vorbild für viele Länder.«

erfüllen, wenn sie als nachhaltig im Sinne der Taxonomie klassifiziert werden möchten. Das sei "ein großer Wurf", wie viele Expertinnen und Experten attestieren, darunter auch Klaus Bergsmann, selbstständiger Berater für nachhaltige Lösungen in Unternehmen. "Die Europäer haben mit der Taxonomie ein Gerüst entwickelt, das so vernünftig und nachvollziehbar ist, dass sowohl China als auch die USA signalisiert haben, die Rahmenbedingungen übernehmen zu wollen", sagt Bergsmann. Er ist sich sicher: "Keine demokratisch gewählte Regierung hätte so eine Verordnung geschafft. Das ist der Vorteil der EU-Kommission."

Die EU sieht auch Harald Amon, Leiter der Veranlagung in der VBV-Pensionskasse, als großen Nachhaltigkeitstreiber. "Dank der EU ist es mittlerweile fast schon State of the Art, dass man im Finanzbereich nicht nur finanzielle Ziele verfolgt, die ja der ursprüngliche Auftrag sind. sondern auch nichtfinanzielle.



nachhaltige Ziele miteinbezieht", sagt Amon. Das sei auch aus Risiko-überlegungen heraus notwendig. Wenn man das in der heutigen Zeit nicht tue, habe man möglicherweise finanzielle Nachteile, weil man in nicht zukunftsfähige Branchen investiert. Hinzu würden potenzielle Reputationsrisiken für Finanzinstitute kommen, die in der öffentlichen Wahrnehmung stehen, so Amon.

Doch was ist überhaupt nachhaltig?

Der Begriff Nachhaltigkeit kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft: Wer nur so viele Bäume fällt, wie nachwachsen können, sorgt dafür, dass der Wald für die künftige Nutzung zur Verfügung steht und auf Dauer seinen Wert behält. Das sei bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts von einem deutschen Forstbeamten als nachhaltig niedergeschrieben worden, erzählt Bergsmann. "Im Kern dieser Aussage steckt nach wie vor auch die heutige Definition von Nachhaltigkeit."

Bei der Veranlagung von Geld standen am Beginn der Entwicklung mehr ethische als ökologische Gesichtspunkte im Vordergrund. Auch hier reicht die Geschichte schon sehr weit zurück. Ethisches Investment hat seinen Ursprung in den angelsächsischen Freikirchen in den USA, die bereits im 18. Jahrhundert nicht in Waffen oder den Sklavenhandel investierten.

Starken Aufwind bekam die Idee ethischen Investments dann in den 1970er-Jahren in den Bewegungen gegen die Apartheid in Südafrika und gegen den Vietnamkrieg. "Kein Geld für Rüstung und Apartheid" war die Devise. Zuerst entstanden in den USA und Großbritannien Fonds mit Ausschlusskriterien für solche Investments. Vor allem institutionelle Anleger wie Universitäten, Stiftungen und Kirchen wollten hier ein klares Zeichen setzen. Seit den 1990er-Jahren ist das Thema vermehrt auch in Europa präsent, und Ökologie und der Aspekt des Klimawandels spielen eine große Rolle.

Österreich mit Pensions- und Vorsorgekassen Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit

Österreich ist in Europa in Sachen Nachhaltigkeit durchaus einer der Vorreiter. Die im Jahr 2002 gegründeten Vorsorgekassen haben hier eine Pionierrolle übernommen. Der österreichische Marktführer, die VBV-Vorsorgekasse, ist seit Beginn zu 100% nachhaltig veranlagt und bekommt seit Jahren so gut wie jede heimische Nachhaltigkeitsauszeichnung, die es zu vergeben gibt. Aber auch manche heimischen Pensionskassen investieren schon seit Langem nachhaltig. So hat die VBV-Pensionskasse bereits im Jahr 2003 mit einem Nachhaltigkeits-Aktienspezialfonds gestartet.

Nachhaltigkeit in der Veranlagung heißt ESG

Das Thema Nachhaltigkeit hat insbesondere in den letzten sechs bis acht Jahren im Veranlagungsbereich deutlich an Dynamik und Komplexität gewonnen. "Früher hat man fast ausschließlich mit Ausschluss- und Positivkriterien gearbeitet. Heute sind die Instrumente und Produkte, mit denen man einen positiven Effekt erzielen kann und möchte, deutlich genauer und diverser geworden", so Harald Amon. Ein starker Treiber beim Thema Nachhaltigkeit ist natürlich die Klimakrise, die spätestens mit den Pariser Klimazielen im Jahr 2015 eine breite Aufmerksamkeit bekommen hat. Auch wenn der Kampf gegen die Erderwärmung heute im Vordergrund steht, hat nachhaltige Veranlagung mehrere Aspekte.

Moderne Nachhaltigkeit wird unter der Bezeichnung ESG zusammengefasst. Man versteht darunter "environmental, social and governance issues", also die Berücksichtigung von Umweltaspekten, Sozialem und einer guten Unternehmensführung. Diese drei Gesichtspunkte hängen nach Meinung vieler Expertinnen und Experten eng zusammen, weil zum Beispiel Unternehmen, die keine

ESG – Environment, Social und Governance

Die einzelnen Buchstaben stehen für unterschiedliche Aspekte der Nachhaltigkeit. Vereinfacht zusammengefasst:

"E" (Environment) steht für Umwelt. Hier geht es z. B. darum, nicht in Unternehmen zu investieren, die die Umwelt verschmutzen, bzw. solche zu fördern, die im Bereich erneuerbarer Energie tätig sind. Auch der CO₂-Fußabdruck spielt eine wichtige Rolle.

"S" (Social) steht für Soziales. Dieser Bereich umfasst unter anderem Themen wie Menschenrechte, Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz, Gendergleichheit und Diversität. Inzwischen wird meist auch das Verhalten von Lieferanten und Zulieferern berücksichtigt.

"G" (Governance) steht für gute (Unternehmens-)Führung. Hierbei geht es um Unternehmenswerte, Unabhängigkeit in Aufsichtsräten, Korruptionsbekämpfung, Ehrlichkeit (z. B. in Bezug auf Steuerzahlungen), Vergütungsrichtlinien, Bekämpfung wettbewerbswidriger Praktiken sowie um Transparenz.

Unter **Ausschlusskriterien** versteht man, dass bestimmte Sektoren oder Unternehmen, die gegen soziale Standards verstoßen (zum Beispiel Kinderarbeit, Rüstungsindustrie) oder besonders umweltschädlich sind (z. B. Ölindustrie) aus dem Veranlagungsuniversum eines Investors ausgeschlossen werden.

Unter **Positivkriterien** versteht man die Identifizierung und Festlegung besonders geeigneter Branchen und Unternehmen (z. B. Wasserkraftwerke oder Pflegeeinrichtungen), weil sie als einer – sozialen und umweltbezogenen – nachhaltigen Entwicklung zuträglich eingestuft werden.

klaren internen Richtlinien – also eine schlechte Governance – haben und intransparent sind, auch in Bezug auf die Einhaltung von Umweltstandards nicht vertrauenswürdig sind. Doch wie werden diese drei Gesichtspunkte bei Investments konkret berücksichtigt?

Positive Effekte durch Impact-Investments

Die Umsetzung moderner ESG-Ansätze erfolgt aktuell überwiegend mit Impact-Investments. In der Finanzwirtschaft versteht man darunter Investitionen mit der Absicht, neben einer finanziellen Rendite auch positive, messbare soziale und ökologische Auswirkungen zu erzielen. Mit dem zur Verfügung gestellten Kapital sollen die dringendsten Herausforderungen der Welt in Bereichen wie erneuerbarer Energie. Klimaschutz sowie einer erschwinglichen und zugänglichen Grundversorgung (Wohnen, Gesundheitswesen und Bildung etc.) bewältigt werden.

Allerdings können auch solche nachhaltigen Investments in einem Zielkonflikt stehen. Will ein Investor beispielsweise in Elektromobilität investieren, kann es womöglich Konflikte mit sozialen Standards bei der Gewinnung der notwendigen Rohstoffe geben. Ein anderes Beispiel: Die Produktion von Windkraftwerken braucht zunächst einmal viel Energie und hat damit einen schlechteren CO₂-Fußabdruck als etwa ein Glücksspielkonzern. Erst wenn Windkraftwerke in Betrieb sind, tragen sie zu einer klimafreundlichen Energiegewinnung bei.

Für Harald Amon ist das deshalb eine Frage der Priorisierung: Was sind die drängendsten Probleme derzeit? Was will ich in der Veranlagung erreichen? Bei der Umsetzung geht man dann nach dem auch in der Taxonomie-Verordnung relevanten "do no significant harm"-Prinzip vor. Das heißt, Investments, die eine positive Entwicklung fördern, sollen in anderen Bereichen keine signifikanten nega-



»Die Gesellschaft soll möglichst wenig Treibhausgase verursachen, indem sie erneuerbare Energiequellen nutzt.«

tiven Auswirkungen haben. Das wird über klar definierte Mindeststandards, die einzuhalten sind. erreicht.

Auch den CO₂-Fußabdruck könnte man im Portfolio fast auf null bringen, wenn man nur in Unternehmen investiert, die einen sehr geringen CO₂-Fußabdruck haben. Aber das sei keine sinnvolle Zielsetzung: "Das Ziel muss sein, dass die globale Gesellschaft zukünftig möglichst wenig Treibhausgase verursacht, indem sie auf erneuerbare Energiequellen umstellt. Das wird man nicht erreichen, wenn man nur in Dienstleistungsunternehmen investiert, die aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig Emissionen produzieren. Man muss in den technologischen Wandel investieren. Der führt dann, plakativ ausgedrückt, dazu, dass keine Kohlekraftwerke gebaut werden, sondern Windparks", so Harald Amon.

Allerdings ist die generelle Absenkung des CO₂-Fußabdrucks in einem Portfolio ebenso ein Ziel einer nachhaltigen Veranlagung. Das Problem: Auch Produktionsunternehmen, die nachhaltige Technologien erzeugen, könnten aus dem Veranlagungsuniversum eines Investors ausgeschlossen werden, wenn die Produktion selbst sehr CO₂-intensiv ist. Tiina Heinberg, CSR-Managerin der VBV-Pensionskasse, erklärt: "Es ist notwendig, die verursachten Treibhausgasemissionen differenziert nach Scope 1, 2 und 3 zu betrachten. Scope 1 umfasst den direkten Ausstoß von Treibhausgas im Unternehmen (Einsatz fossiler Energieträger in der Produktion, Fuhrparks etc.), Scope 2 hingegen umfasst die indirekte Freisetzung durch Energielieferanten, und Scope 3 misst dann den Treibhausgas-Ausstoß bei vor- und nachgelagerten Prozessen (Abbau der Rohstoffe, Nutzung des Produktes, Müllentsorgung etc.). Die Erhebung der Scope-3-Emissionen stellt zwar eine sehr große Herausforderung dar, aber ohne deren Berücksichtigung ist es nicht möglich, zu beurteilen, ob ein Produkt, eine Tätigkeit oder ein Unternehmen klimafreundlich ist."

Active Ownership, Engagement und Voting

Neben diesen Impactstrategien wirken Investoren zunehmend direkt auf Fondsmanager bzw. Unternehmen ein, um soziale Verantwortung, Umweltschutz und Transparenz zu fördern. Das Engagement – also der direkte Dialog und die bewusste Ausübung von Stimmrechten bei Hauptversammlungen (Voting) – ist ein weiteres effektives Instrument in einer ESG-Strategie.

Institutionelle Investoren wie Pensionskassen wirken dabei selten auf die Unternehmen direkt ein, sondern meist auf die Fondsgesellschaften, da sie nicht direkt, sondern über Investmentfonds investiert sind. Bei der VBV-Pensionskasse wird daher darauf geachtet, dass auch die Fondsmanager selbst eine Engagement-Policy, also Richtlinien, definiert und veröffentlicht haben. wie sie auf Unternehmen einwirken. Auch das Abstimmungsverhalten der Fondsgesellschaften bei Hauptversammlungen wird seitens der VBV kritisch beobachtet. Engagement wird von Finanzunternehmen immer stärker genutzt, um Druck in Bezug auf nachhaltigeres Verhalten in der Wirtschaft aufzubauen.

Doch sind jetzt bereits alle Investments nachhaltig?

Bei Weitem noch nicht alle Investments sind nachhaltig. In Österreich beträgt der Anteil nachhaltiger Mandate und Fonds, die im Einklang mit ökologischen, sozialen und Governance-bezogenen Kriterien sind, am Gesamtmarkt bereits 20%, in Deutschland allerdings erst 6,4% gemäß dem Marktbericht für nachhaltige Geldanlage 2021. Der niedrige Anteil am Gesamtmarkt liegt auch daran, dass es zwar eine Vielzahl an internationalen Übereinkommen und Initiativen gibt, die meisten aber auf einer reinen Selbstverpflichtung beruhen.

"Entweder du bist nachhaltig im Sinne der Taxonomie oder nicht. Der Druck auf Investoren wird aber in den nächsten Jahren massiv steigen, sowohl von der Regulatorik her als auch vonseiten der Kunden und Stakeholder. Denn dass etwas gegen den Klimawandel getan werden muss, ist inzwischen in einer breiten Öffentlichkeit anerkannt", ist Harald Amon überzeugt. \circ

Nachhaltige Veranlagung aus Sicht des Risikomanagements

as Thema Nachhal-tigkeit wurde Ende 2019 durch den "Green Deal" der europäischen Kommission endgültig ins Rampenlicht gestellt. Der Begriff Nachhaltigkeit umfasst in der aktuellen Auslegung ökologische und soziale Aspekte sowie Aspekte der Unternehmensführung. Zurzeit wird den ökologischen Faktoren die größte Aufmerksamkeit zuteil. Aus Sicht des Risikomanagements bedeutet das in erster Linie, umweltbezogene und hier vorwiegend klimaspezifische Risiken zu erfassen und diese mit geeigneten Modellen quantifizierbar zu machen. Ein wesentlicher Teil dieser Analyse ist der Zeithorizont. Durch eine schnelle, ungeordnete, aber zugleich dringend notwendige Transformation zu einer klimafreundlichen Wirtschaft werden viele Unternehmen hinsichtlich ihrer Geschäftsmodelle vor große Schwierigkeiten gestellt - beispielsweise jene mit

sehr hohen Treibhausgasemissionen im Fall einer Bepreisung dieser oder solche, die Abbau, Förderung, Verarbeitung oder Handel von fossilen Energieträgern als Geschäftsmodell haben. Lassen sich Gesellschaft, Wirtschaft und Politik mit diesem Transformationsprozess aber länger Zeit, werden wir die volle Härte des Klimawandels

aus- überall kata ieser bekobau, mar eitung mar ossilen grei Ge- sike

über extremere Umweltkatastrophen zu spüren bekommen. Im Risikomanagement spricht man hierbei von schnell greifenden Transitionsrisiken bzw. den sich später

Leiter Risikomanagement in der

Georg Cadek

VBV-Pensionskasse

manifestierenden
physischen Risiken.
Die Aufgabe des
Risikomanagements
besteht nun
darin, die bereits
bestehenden
Risikomodelle
um diese oder
ähnliche Szenarien
zu ergänzen. O

Seit mehr als 20 Jahren gibt es nationale und internationale Bemühungen, Abkommen und Initiativen, um einheitliche Regeln für einen verbesserten Umweltschutz für Staaten, Wirtschaft und den Finanzsektor einzuführen. Viele beruhen auf Freiwilligkeit und Selbstverpflichtung. Seit dem Jahr 2020 gibt es zumindest in Europa eine Trendwende durch sehr strenge Vorgaben seitens der EU. Auch diese beruhen zwar grundsätzlich auf Freiwilligkeit, der Druck auf den Finanzsektor und damit auf die gesamte Wirtschaft steigt aber durch klare Offenlegungsverpflichtungen stark an.

Kyoto-Protokoli

1997

Das **Kyoto-Protokoll** von 1997 ist 2005 in Kraft getreten und stellt weltweit den ersten völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zur Eindämmung des Klimawandels dar. Dieser verpflichtet die beteiligten Industriestaaten erstmals, den Ausstoß klimaschädlicher Gase zu senken.



UN Principles for Responsible Investment (UNPRI)

Die UN Principles for Responsible Investment (UNPRI) sind eine 2006 gegründete Investoreninitiative in Partnerschaft mit den Vereinten Nationen, die sechs Prinzipien für verantwortungsvolle Investments erstellt hat. Ziel ist es. die positiven Auswirkungen von Nachhaltigkeit für Investoren zu verstehen und die Unterzeichner dabei zu unterstützen, diese Themen in ihre Investitionsentscheidungsprozesse einzubauen. Die Ziele sind freiwillia und unverbindlich, haben aber erstmals einen internationalen Rahmen für nachhaltiges Investment geschaffen.

Der European Green
Deal von Dezember 2019
ist ein von der Europäischen Kommission unter
Ursula von der Leyen
beschlossenes Konzept
mit dem Ziel, bis 2050 in
der Europäischen Union
die Netto-Emissionen von
Treibhausgasen auf null
zu reduzieren und somit
als erster "Kontinent"
klimaneutral zu werden.

European Green Deal Montréal Carbon Pledge

Der Montréal Carbon Pledge ist eine Initiative. die im September 2014 nach dem Klimagipfel der Vereinten Nationen im kanadischen Montréal gegründet wurde. Die Unterzeichner des Montréal Carbon Pledges wie etwa Banken. Fondsgesellschaften und Pensionskassen, verpflichten sich, den CO2-Fußabdruck ihrer Investments zu messen und zu publizieren. Ziel ist es, Anlageprodukte bereitzustellen, die zur Dekarbonisierung beitragen.

Die EU-Taxonomie-Verordnung definiert erstmals Vorgaben für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten. Sie enthält Kriterien zur Bestimmung ob eine Wirtschaftstätigkeit als ökologisch nachhaltig eingestuft werden kann oder nicht. Durch Förderungen von Investments in grüne und nachhaltige Projekte soll so ein Beitrag zum Europäischen Green Deal geleistet werden. Die Verordnung wurde von 2018 bis 2020 entwickelt und ist seit 2022 in Kraft.

EU-Taxonomie-Verordnung Übereinkommen von Paris

Das Übereinkommen von Paris ist ein völkerrechtlicher Vertrag, den 195 Staaten anlässlich der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen mit dem Ziel des Klimaschutzes in Nachfolge des Kvoto-Protokolls geschlossen haben. Das Übereinkommen wurde 2015 auf der UN-Klimakonferenz in Paris (COP 21) unterzeichnet und sieht verbindlich die Begrenzung der menschengemachten globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 °C gegenüber vorindustriellen Werten vor (Pariser Klimaziele).

Im März 2021 führte die EU-Offenlegungsverordnung strenge nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor ein. Sie definiert gemeinsam mit der Taxonomie-Verordnung Standards für den Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken und negativen Nachhaltigkeitsauswirkungen sowie für die Bewerbung sozialer und ökologischer Aspekte nachhaltiger Investitionen.

EU-Offenlegungsverordnung Nachhaltige Entwicklungsziele der Vereinten Nationen

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) sind politische Zielsetzungen der Vereinten Nationen, die weltweit und umfassend einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen. Sie traten am 1. Januar 2016 mit einer Laufzeit von 15 Jahren (bis 2030) in Kraft.

Mit der Green Finance Alliance hat das österreichische Klimaschutzministerium eine wichtige Initiative ins Leben gerufen, die Finanzunternehmen auf ihrem Weg zur Klimaneutralität unterstützt. Die Green Finance Alliance gehört zu den weltweit ersten staatlichen Initiativen, die eine freiwillige Selbstverpflichtung von Finanzunternehmen zu den Pariser Klimazielen mit der verpflichtenden Erfüllung konkreter Kriterien für deren Kerngeschäft vorsehen. Die Mitglieder sind heimische Vorreiter beim Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

> Green Finance Alliance

gungs- Fii nung Ali

10

2019

2020

2021

2022

GREEN FINANCE ALLIANCE













Nachhaltige strategische Veranlagungsziele der VBV

Die VBV hat für ihre Veranlagung nachhaltige strategische Ziele im Sinne der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen definiert. Diese bilden den obersten Rahmen strategischer Veranlagungsziele, mit denen die VBV zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt.

*Die VBV hat sich bewusst entschieden, den Standort Österreich bei Investments stärker zu gewichten.

Drei Fragen ...

Warum ist die VBV-Pensionskasse Vorreiter im Bereich Nachhaltigkeit?

GÜNTHER SCHIENDL: Nachhaltigkeit ist kein Wettbewerb. sondern eine Notwendiakeit für alle Unternehmen. Menschen und Staaten. Als verantwortungsvoller Investor haben wir uns in der VBV früher als andere mit Nachhaltigkeit in der Veranlagung und im Betrieb befasst. Wir haben mehr Erfahrung, sind aber nicht in der Vergangenheit stehen geblieben. Ganz im Gegenteil: Als Vorreiter sind wir immer wieder neue Wege gegangen, haben neue Instrumente eingesetzt, wie 2021 die Dekarbonisierungsstrategien in unserem großen "Paris-aligned" Indexfonds, dem VBV Low Carbon World Fund. Wir zählen damit zu einer Handvoll führender europäischer nachhaltiger Investoren. Das und unsere nachhaltigen Infrastruktur-Investments sind gute Beispiel dafür, wie wir jeden Tag aufs Neue innovativer, nachhaltiger und auch ertragreicher investieren und wirtschaften.

Wir haben viele internationale Investorenallianzen zum Klimaschutz analysiert und dabei festgestellt, dass die heimische Green Finance Alliance auf höchstem fachlichem Niveau arbeitet. Deshalb war für uns die Teilnahme an der Green Finance Alliance von Anfang an selbstverständlich.

Was ist das konkrete Ziel?

SCHIENDL: Es gibt nicht ein konkretes nachhaltiges Ziel allein, es geht um ein System von Zielen, Strategien, Prozessen und Maßnahmen. Das muss stimmig sein. Die Ziele müssen relevant und ambitioniert, aber eben auch erreichbar sein. Eines unserer obersten strategischen nachhaltigen Veranlagungsziele ist, das gesamte Investmentportfolio bis 2030 auf den Pfad zum Pariser Klimaziel auszurichten. Dazu muss die gesamte Veranlagungs-Wertschöpfungskette von den Benchmarks und Kriterien, bis hin zu allen Fonds und für alle Geschäftspartner nachhaltig gemäß unserem Zielsystem ausgerichtet sein. Dazu geben unsere nachhaltigen strategischen Veranlagungsziele im Sinne der SDGs den obersten Langfristrahmen vor. Für unseren nachhaltigen Bürobetrieb ist dies im Nachhaltigkeitsprogramm geregelt.

Bedeutet die derzeitige Energiekrise das Ende der europäischen Klimapolitik?

SCHIENDL:

Die EU-Sustainable-Finance-Regluierung ist ein großer Wurf, de facto ein neuer globaler Standard für die Finanzbranche. Die Finanzbranche ist der Realwirtschaft und der Politik hier weit voraus. Die Transition des europäischen Energiesystems ist aber nicht ausreichend bedacht worden, eine konsequente, langfristige, nachhaltige, europäische Energiepolitik ist nicht erkennbar. Allerdings war auch das Zusammentreffen von Krieg, Energiekrise und Inflation nicht vorhersehbar. Letztlich ist Europa in Krisensituationen immer über sich hinausgewachsen und wir werden die Energietransition gezwungenermaßen schneller als erwartet bewältigen. Zu hoffen ist, dass dies Europa zu einem (Klima)Technologie (vor)sprung auch im globalen Wettbewerb verhilft und zu kommerziellem Erfolg. Dafür ist seitens der EU-Forschungs-, Technologie- und Standort-Politik allerdings noch einiges zu tun. O

Günther Schiendl Vorstand der

Vorstand der VBV-Pensionskasse



Gemeinsam in eine klimafreundliche Zukunft

Die österreichische Green Finance Alliance zählt zu den weltweit ersten staatlichen Initiativen, damit Finanzunternehmen dank einer freiwilligen Selbstverpflichtung ihr Kerngeschäft nachhaltig ausrichten.



erade nach einem brütend heißen Sommer wie diesem ist der Klimawandel ein viel diskutiertes Thema. Werden die Temperaturen allerdings wieder gemäßigter und kommt der Herbst in großen Schritten näher, werden auch die Sorgen um den Klimawandel wieder geringer, denn der Winter kommt bestimmt. Oder?

Schon heute sehen und spüren wir die Auswirkungen des Klimawandels. In Österreich, Europa und auf der ganzen Welt werden die Wetterereignisse immer extremer: große Dürren, zum Beispiel durch das Ausbleiben von Schneefällen, gefolgt von massivem Regen, Stürmen und Hitzewellen. Sind gewisse Kipppunkte erst einmal erreicht, gibt es kein Zurück mehr. Klar ist: Es besteht akuter Handlungsbedarf.

Politische Rahmenbedingungen

2015 wurden daher beim Klimagipfel in Paris wichtige klimapolitische Ziele festgelegt: Die globale Erderwärmung soll auf deutlich unter 2 °C gegenüber vorindustriellen Werten begrenzt werden, und die globalen Treibhausgasemissionen sollen bis 2050 auf (netto) null gesenkt werden. "Die Erreichung der Pariser Klimaziele sind für eine gute und klimafreundliche Zukunft wichtiger denn je. Es steht für uns außer Frage, dass wir diese Ziele gemeinsam erreichen müssen. Nur so können wir den Erhalt unserer Ökosysteme garantieren", so Umweltministerin Leonore Gewessler.

FOTO: 1123

13

Die Politik hat mit dem Pariser Übereinkommen einen ersten wichtigen Schritt gesetzt: Man hat klare Ziele definiert und eine Kontrollinstanz ins Leben gerufen.

Um diese Ziele nun auch zu erreichen, braucht es Veränderungen im Industrie-, Energie- und Mobilitätssektor. Aber wie können die notwendigen Veränderungen in diesen Bereichen vorangetrieben werden?

Investition in die Veränderung

Eine Branche, die selten in direktem Zusammenhang mit der Klimawende gesehen wird, ist der Finanzsektor. Doch genau dieser besitzt einen enormen Hebel in Bezug auf den Klimawandel: sein Kapital. Alleine die heimischen Pensionsund Vorsorgekassen veranlagen mehr als vierzig Milliarden Euro. Dieses Vorsorge- und Anlagekapital wird in verschiedensten Branchen investiert, womit genau diese Sektoren wirtschaftlich angekurbelt werden. Die Finanzbranche besitzt also hinsichtlich wirtschaftlicher Entwicklungen eine Macht, die nicht zu unterschätzen ist.

Unter dieser Prämisse hat das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) die Green Finance Alliance ins Leben gerufen. Ziel der Green Finance Alliance ist es, das Kerngeschäft von Finanzunternehmen in eine zukunftsfähige Richtung zu lenken. Es soll gezeigt werden, dass Klimaschutz und Wirtschaft nicht nur vereinbar, sondern die Zukunft sind. Die Initiative wurde im Mai 2022 gestartet und zählt zu den weltweit ersten staatlichen Initiativen einer freiwilligen Selbstverpflichtung von Finanzunternehmen, ihr Kerngeschäft im Sinne der Pariser Klimaziele auszurichten. Konkret bedeutet das für die Mitglieder, mit den Unternehmenstätigkeiten eine kontinuierliche Reduktion der Treibhausgas-Emissionen herbeizuführen und den Ausstieg aus fossilen Energieträgern wie Kohle, Erdöl und Erdgas sowie weitere notwendige

klimafreundliche Maßnahmen zu fördern. "Jeder Schritt in Richtung grüner Wirtschaft ist enorm wichtig. Wir müssen hin zu erneuerbaren und effizienten Energieträgern. Mit den Mitgliedern der Green Finance Alliance haben wir wichtige Verbündete gewonnen im Kampf gegen die Klimakrise und für den Weg aus der Abhängigkeit von fossilem Öl und Gas", erklärt Umweltministerin

Leonore Gewessler.

Die VBV-Pensionskasse sowie die VBV-Vorsorgekasse gehören zu den ersten neun Unternehmen, die sich freiwillig der Green Finance Alliance angeschlossen und sich somit offiziell zu diesen Zielen verpflichtet haben. Das ist ein wichtiges Statement, denn trotz Fortschritten im Green-Energy-Sektor sind noch immer knapp 40% der weltweiten Stromproduktion und mehr als 40% der energiebezogenen CO₂-Emissionen auf Kohle zurückzuführen.

Investition in die Zukunft

Warum aber ist es so wichtig, Finanzunternehmen direkt in die Klimawende miteinzubeziehen? Die Politik hat eine starke Macht und kann öffentliche Gelder in jene Bereiche investieren, die positiv zum Klimaschutz beitragen. Allerdings wären öffentliche Investitionen nicht ausreichend.

Laut dem nationalen Energie- und Klimaplan von 2019 sind alleine in Österreich Investitionen von rund 17 Milliarden Euro pro Jahr notwendig, um die Klimaziele bis 2030 zu erreichen. Der Bedarf an Investitionen aus privatem Kapital für klimafreundliche Aktivitäten ist klar gegeben. Doch wie genau kann dieser Weg von Finanzunternehmen hin zu mehr Nachhaltigkeit aussehen? In erster Linie verpflichten sich die Mitglieder der Green Finance Alliance dazu, ihr gesamtes Portfolio

Die VBV ist als erste Pensionskasse Mitglied der Green Finance Alliance. Leonore Gewessler, Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, überreicht dem Vorstandsvorsitzenden Gernot Heschl und Vorstand Günther Schiendl die Auszeichnung.



ZIELDIMENSIONEN FÜR DAS KERNGESCHÄFT

		Ausrichtung auf 1,5 °C	THG- Neutralität 2050	Ausweitung grüner Aktivitäten	Klimarisiken managen & Resilienz fördern	Klima- Governance & Mainstreaming
Allgemeine Maßnahmen Kerngeschäft	Klimastrategie	/	\checkmark	/		/
	Klimabericht	✓	✓	✓	/	✓
	Engagement-Strategie	✓	\checkmark	✓		✓
	Engagement-Bericht	/	✓	✓	/	✓
	Ausstieg aus Kohle	✓	\checkmark			
	Ausstieg aus Erdöl	/	✓		~	
	Ausstieg aus Erdgas	✓	\checkmark		✓	

für Investment- und Kreditgeschäfte sowie den Versicherungsbereich schrittweise klimaneutral zu gestalten. Vom Bundesministerium für Klimaschutz und dem Bundesministerium für Finanzen (BMF) als Beirat wurde dafür ein umfangreicher Kriterienkatalog ausgearbeitet, und es wurden fünf konkrete Zieldimensionen für das Kerngeschäft definiert:

- **1.** Ausrichtung der gesamten Portfolios am 1,5-°C-Ziel des Pariser Klima-Übereinkommens
- **2.** Treibhausgasneutrale Portfolios bis 2050
- **3.** Ausweitung grüner Aktivitäten im Kerngeschäft, wodurch Kapital für die Finanzierung der Klimaziele mobilisiert wird
- **4.** Klimarisiken managen und Resilienz gegenüber künftigen klimatischen und klimainduzierten Veränderungen fördern
- **5.** Klima-Governance und Mainstreaming in allen relevanten Unternehmensbereichen

Für das Erreichen dieser Ziele hat die Green Finance Alliance konkrete Handlungsmaßnahmen definiert: Allgemeine Maßnahmen für das Kerngeschäft sind beispielsweise eine öffentlich verfügbare gesamtheitliche Klimastrategie der Mitgliedsunternehmen, die bis Ende 2022 eingeführt werden muss und die strategische klimabezogene Ausrichtung des Unternehmens

widerspiegelt. Des Weiteren sollen Mitglieder den Ausbau grüner Aktivitäten und die Dekarbonisierung bestehender Wirtschaftstätigkeiten bei den finanzierten, investierten und versicherten Unternehmen fördern. Hinsichtlich des Ausstiegs aus fossilen Energiequellen verpflichten sich die Mitglieder, bis 2030 aus allen Portfolio-Positionen auszusteigen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit Aktivitäten im Kohle- und Erdölsektor erzielen, bis 2035 soll dieser Ausstieg bei Erdgas gelingen. Außerdem verpflichten sie sich, jährlich einen Klimabericht zu veröffentlichen. So kann geprüft werden, welche relevanten Maßnahmen umgesetzt werden und wo noch Nachholbedarf besteht.

Nachhaltigkeit auf ganzer Linie

Nicht nur die Investments der Green-Finance-Alliance-Mitglieder sollen für eine klimafreundliche Zukunft sorgen – auch die Betriebsführung selbst wird im Zuge der Maßnahmen ökologisch nachhaltig gestaltet. Das BMK hat auch hier konkrete betriebsökologische Maßnahmen definiert, die von den Mitgliedern schrittweise bis 2025 umgesetzt werden sollen. Dazu zählen klimafreundliche Beschaffungsrichtlinien ebenso wie eine Reise-Policy zur Berücksichtigung klimarelevanter Aspekte bei Dienstreisen bzw. eine EMAS-Zertifizierung für ein betriebliches Umweltmanagementsystem. Die VBV hat vieles davon bereits umgesetzt und ist etwa seit 2020 EMAS-zertifiziert. In einer jährlich erscheinenden Umwelterklärung werden alle nachhaltigen Aktivitäten aufgelistet und transparent dargestellt.

Mit dem Beitritt zur Green Finance Alliance nehmen VBV-Pensionskasse und VBV-Vorsorgekasse gemeinsam mit den anderen Mitgliedern eine Vorbildrolle ein. "Wie die Umweltpsychologin Isabella Uhl-Hädicke beschreibt, sind positive Vorbilder gerade für nachhaltigeres Verhalten in unserer Gesellschaft enorm wichtig (siehe Seite 16-19, Anm.)", erzählt Gernot Heschl, Vorstandsvorsitzender der VBV-Pensionskasse. "Nicht nur Einzelpersonen können eine Vorbildrolle einnehmen, sondern auch Unternehmen. Gerade als Unternehmen verfügt man über Möglichkeiten in gänzlich anderen Dimensionen, um Aktionen zu setzen und Veränderungen zu erreichen. Dieses Potenzial wollen wir nutzen." O







Isabella Uhl-Hädicke ist Umweltpsychologin an der Universität Salzburg. Sie forscht, unterrichtet und leitet im Rahmen des PLUS Green Campus die Bereiche Bewusstseinsbildung und Kommunikation. In ihrem Buch "Warum machen wir's nicht einfach?" beschäftigt sich die Wissenschaftlerin mit der Frage, wieso bei der Klimakrise Wissen und Handeln oft sehr weit auseinanderliegen. Im Gespräch mit Weit.Blick gibt sie Einblicke in die Thematik und zeigt, was für eine lebenswerte Zukunft notwendig ist.

Was versteht man unter dem Klimawandel?

UHL-HÄDICKE: Unter dem Klimawandel versteht man das Prinzip der Klimaveränderungen. Solche hat es im Laufe des Lebens unseres Planeten immer wieder gegeben. Das Problem. vor dem wir im Moment stehen, ist jedoch der menschengemachte Klimawandel: der Wandel, den wir durch die Art, wie wir leben und wirtschaften, hervorrufen und beeinflussen. Im Unterschied zum natürlichen Klimawandel schreitet der von uns verursachte Klimawandel viel rasanter und massiver voran – und vor allem nur in eine Richtung: Das Klima wird extremer. Das Problem dabei ist, dass wir mit Konsequenzen rechnen müssen, die durchaus beängstigend sind.

Welche Konsequenzen sind das?

UHL-HÄDICKE: Wir Menschen haben die grundlegende Auffassung, dass wir erst mal machen können. und wenn wir dann die Auswirkungen sehen, können wir unser Handeln ja immer noch verändern und Lösungen finden. Gerade im Zusammenhang mit dem Klima ist das aber problematisch. Das Klimasystem ist nämlich sehr träge. Wenn also mal Veränderungen stattgefunden haben und gewisse Kipppunkte erreicht sind, gibt es kein Zurück mehr. Die Forschung hat bereits Prognosen erstellt. welche Konsequenzen unser aktuelles Verhalten mit sich bringt. Dann erst zu reagieren, wenn diese mal eintreten, ist allerdings viel zu spät. Hinzu kommt, dass wir jetzt

schon feststellen, dass viele dieser Prognosen und Modelle zu konservativ waren: Die tatsächlichen Werte liegen oft weit über den Prognosen.

Auch hier in Österreich und in unseren unmittelbaren Nachbarländern erleben wir, dass extreme Wetterereignisse zunehmen. Unwetter, Hitzewellen, Dürren oder Trinkwasser, das rationiert werden muss. Das ist alles Gegenwart und Realität, die unweigerlich zu weiteren Konsequenzen führt: Ernteausfälle, fehlende Ressourcen und in weiterer Folge auch klimabedingte Migrationsströme. Verändert sich das Klima, verändert sich in der Folge auch das menschliche Zusammenleben.

Es steht also fest: Wir müssen jetzt etwas ändern. Was kann man als Einzelperson tun, um einen positiven Beitrag zu leisten? Und warum scheint es so schwierig, als Individuum etwas zu verändern?

UHL-HÄDICKE: Seinen Beitrag zu leisten ist gar nicht so schwierig, wie man oft glaubt. Man kann sich ganz einfache Fragen stellen wie: Woher beziehe ich meinen Strom? Habe ich einen Anbieter mit erneuerbaren Energiequellen? Kann ich meinen Energieverbrauch reduzieren? Oft sind es kleine Dinge wie das Umrüsten auf LED-Lampen. Aber wichtig sind auch einmalige Investitionen im Haushalt, wie das Isolieren und Dämmen, die viele nicht direkt auf dem Schirm haben.

Eine weitere Maßnahme ist, den fossil betriebenen Individualverkehr zu reduzieren, also weniger benzin- oder dieselbetriebene Autos. Idealerweise nutzt man Öffis, geht zu Fuß oder nimmt das Rad. Dann Überlegungen zur Urlaubsgestaltung: Will man fliegen oder mit dem Zug fahren? Das ist ein großer Faktor, Spannend ist auch, was man mit der eigenen Ernährung beitragen kann. Das heißt nicht, dass alle vegan leben müssen, aber ein reduzierter Konsum tierischer Produkte hat einen enorm positiven Einfluss auf CO₂-Emissionen. Oft unterschätzt wird auch, wie viele Lebensmittel im Müll landen und wieviel unnötige Produktionsemissionen somit verursacht werden. Achtet man darauf, dass die Lebensmittel. die man kauft, auch tatsächlich gegessen werden, ändert das gleich eine Menge.

Allerdings sind wir Menschen Gewohnheitstiere, und es ist leichter, die unangenehme Wahrheit einfach auszublenden. In manchen Fällen ist es fehlendes Wissen, oft aber Ausreden und Rechtfertigungen. Dann hört man Sätze wie: "Ich trenne ia brav Müll. also kann ich mir auch mein Schnitzel bestellen." Das nennt man in der Psychologie "kognitive Dissonanz": Es werden zwei Punkte, die an sich nichts miteinander zu tun haben, in Zusammenhang gebracht. Mülltrennung ist wichtig, ja, aber hat einen gänzlich anderen Einfluss auf den Klimawandel als Fleischkonsum. Hier fehlt meist Wissen zur Faktenlage.

Das sind nur ein paar wenige Maßnahmen, die jeder und jede von uns setzen kann. Wie in der Frage schon erwähnt, kann es sein, dass man sich als Individuum im großen Klimasystem unwichtig fühlt, als

könne man nichts bewirken. Wir sind allerdings nicht allein, und wir haben durchaus Einfluss, ganz besonders zum Beispiel, indem man die eigene politische Stimme hörbar macht. Die wichtigsten Hebel liegen nämlich bei der Politik und können viel mehr bewirken als Einzelpersonen. Oft wird politisches Engagement belächelt oder als unbequem erachtet. Aber ohne politische Handlungen ist es nicht möglich, dass wir die notwendigen Klimaziele erreichen.

Dass die Politik einen starken Hebel besitzt, ist ihr selbst ja nicht unbekannt. Wie kann es sein, dass trotzdem nur zaghafte Schritte in Richtung Klimawende gemacht werden, auch wenn der Wissenschaft schon lange klar ist, was konkret zu tun wäre?

UHL-HÄDICKE: Wir leben in einer Demokratie. Wir. als Wählerinnen und Wähler, bestimmen also, welche

Partei wir unterstützen und für welche Prioritäten wir einstehen. Das heißt auch, dass politische Parteien Standpunkte brauchen, um sich vom Mitbewerb abzuheben – pro Umweltschutz wird klassischerweise grün und links eingeordnet, die konservativen und rechteren Parteien pochen eher auf maximale Freiheit des Individuums. Spannend ist: Vor Jahrzehnten war das anders. Gerade in den USA zum Beispiel waren konservative Parteien für den Klima- und Umweltschutz – es wurde als "Heimatschutz" deklariert. Man sieht, das Thema wird politisch also durchaus emotional aufgeladen, und Menschen werden quasi vor die Wahl gestellt: Ist man für oder gegen Umweltschutz? Dabei betrifft es uns

Gerade in den letzten Jahren der Coronapandemie wurde aber ersichtlich, was möglich ist, wenn von der Politik klare Entscheidungen getroffen werden, rasche Handlungen und Konsequenzen gesetzt werden. Ein Grund, warum dennoch wenig passiert, ist der Zwiespalt, in dem im Sinne des Klimas sind langfristige Handlungen – da muss mehrere Jahre, Jahrzehnte vorausgedacht werden. In unserer Demokratie wird alle fünf Jahre gewählt. Parteien denken oft nur von Wahl zu Wahl, und wir haben augenscheinlich wichtigere Probleme – die Klimakrise kann also warten. Aber genau hier liegt das Problem. Wir Menschen handeln je nachdem, welche Konsequenzen wir daraus erwarten und erleben. Beim klimafreundlichen Verhalten sind die positiven Konsequenzen – der Erhalt eines lebensfreundlichen Klimas – nicht unmittelbar spürbar. Die möglichen Einschränkungen, die wir dadurch jedoch erleben, allerdings schon. Positive Konsequenzen meines Handelns spüre ich erst weit in

sich die Politik befindet. Handlungen der Zukunft, und das auch nur, wenn wir alle an einem Strang ziehen, nur dann ist es erfolgreich. Vor diesem Hintergrund ist es also besonders wichtig, dass sich die Politik nicht aus der Verantwortung zieht, denn sie hat eine große und wichtige Hebelwirkuna.

Neben der Politik gibt es auch noch die Wirtschaft. Tun Unternehmen Ihrer Meinung nach genug, um gegen den fortschreitenden Klimawandel vorzugehen?

UHL-HÄDICKE: Aktuell nicht. Wenn man sich die Geschwindigkeit ansieht, mit der der Klimawandel voranschreitet, ist klar: Wir brauchen konkrete Handlungen von allen: von der Politik, von Einzelpersonen, aber eben auch von Unternehmen. Es ist nicht die Aufgabe einer Einzelperson die Welt zu verändern. Dennoch kann man als gutes Beispiel vorangehen. Und genauso ist das bei Unternehmen. Auch hier ist es wichtig, dass Zeichen gesetzt und Veränderungen durchgeführt werden.

Wenn man sich unsere aktuelle Faktenlage ansieht, ist zwischen den wissenschaftlich fundierten Aktionen, die gesetzt werden müssten für eine Klimawende, und den tatsächlichen noch eine sehr große Diskrepanz. Gerade bei Unternehmen werden sehr oft nachhaltig anmutende Einzelhandlungen gesetzt, wo es eigentlich eine Implementierung von Nachhaltigkeit in der gesamten Unternehmensausrichtung und -strategie braucht. Die Wirtschaft darf sich keinesfalls ihrer Verantwortung entziehen, da ihre Reichweite, genauso wie bei der Politik, eine ganz andere ist als die von Einzelpersonen.

Was müssen Unternehmen tun. um sich aktiv an der Klimawende zu beteiligen?

UHL-HÄDICKE: Interessant

ist: Wenn wir in den Medien mit Worst-Case-Szenarien zum Thema Klimawandel konfrontiert werden wie es ja meist der Fall ist –, werden, wir eher demotiviert und fühlen uns machtlos der Veränderung gegenüber. Viel wichtiger ist es, Vorbilder aufzuzeigen und zu zeigen, wie eine Welt aussehen könnte, wenn wir etwas ändern. Was erwartet uns dann? Man müsste den Fokus also vermehrt auf die Motivation dafür und nicht zu sehr auf die Angst davor legen. Das gilt für Einzelpersonen genauso wie für Unternehmen. Vorbildrollen sind wichtig, um zu erkennen, was alles machbar ist, wie zum Beispiel wirtschaftliches Handeln und Klimaschutz vereinbar sind.

Hinzu kommt das Phänomen, das wir in der Psychologie "soziale Normen" nennen. Der Mensch orientiert sich an seinem Umfeld. Verhält sich das Umfeld klimafreundlich, tendieren Personen dazu, auch ihr eigenes Verhalten anzupassen und klimafreundlicher zu handeln. Eine Studie zum Energieverbrauch im Haushalt hat sich beispielsweise mit der Frage beschäftigt, wie man Bewohnerinnen und Bewohner dazu motivieren kann, den eigenen Verbrauch zu reduzieren. Es hat sich gezeigt, dass die größte Motivation daraus resultiert, dass man sieht, wo man beispielsweise im Vergleich zu den Nachbarn steht.

Dieses Verhalten kann man auch im größeren Stil an Unternehmen

beobachten. Unternehmen wollen und müssen sich von der Konkurrenz - den Nachbarn - abheben, besser sein, um erfolgreich zu sein. Nimmt man nun eine Vorbildrolle beim Thema Klimaschutz ein, fällt man bei Kundinnen und Kunden, bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern positiv auf. Gleichzeitig trägt man dazu bei, dass andere Unternehmen potenziell auch dazu motiviert werden, Schritte in die richtige Richtung zu setzen.

In den letzten Jahren gab es stark den Trend zum Individualismus, ganz nach dem Motto: "You only live once", man selbst lebt nur einmal. Denken Sie, dass es hierzu eine Trendänderung geben wird, hin zu einem gesamtgesellschaftlicheren Denken?

UHL-HÄDICKE: Auf den Klimawandel umgelegt ist die Lebensspanne einer Person sehr kurzfristig gedacht. Ob hier eine Trendwende kommt, ist schwierig zu prognostizieren. Sieht man sich allerdings die aktuellen Ereignisse an, ist leider eher davon auszugehen, dass die Konzentration auf sich selbst, die eigene Familie oder die eigene Nationalität weiter steigen wird.

Zu Beginn der Coronakrise stand Solidarität stark im Vordergrund, aber leider nur für einen gewissen Zeitraum. Es kam dann immer mehr Unmut, und man hat gesehen, dass die Menschen so rasch wie möglich wieder zum Status quo zurückwollen. Eine wichtige Erkenntnis, die wir jedoch mitnehmen können, ist, wie schnell politische Handlungen und Entscheidungen greifen. Und genau da können wir aber auch als Einzelpersonen mitwirken, unsere demokratische Macht nutzen und so Veränderungen in der Politik bewirken. Dasselbe gilt für Unternehmen: klare Schritte in die richtige Richtung setzen, Vorbildrollen einnehmen und damit die Hebelwirkung nutzen, die man als Unternehmen besitzt. Um die notwendigen Veränderungen herbeizuführen. braucht es uns alle. ○





WARUM MACHEN WIR ES NICHT EINFACH?

Welche oft unbewussten Faktoren beeinflussen unser Umweltverhalten, und wie schafft man es, den inneren "Umweltschweinehund" zu überlisten? "Warum machen wir es nicht einfach?" In ihrem Buch widmet sich Isabella Uhl-Hädicke diesen Fragen und liefert Antworten auf die Klimakrise mit vielen konkreten Anwendungsbeispielen.





Wie Europa nachhaltig werden will

Europa soll als erster Kontinent bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden. Das wurde 2019 im Europäischen Green Deal festgeschrieben. Damit das gelingen kann, sind enorme Investitionen in nachhaltige Projekte notwendig, die die öffentliche Hand allerdings alleine nicht finanzieren kann. Dafür ist privates und institutionelles Kapital notwendig, das in Richtung Nachhaltigkeit bewegt werden muss.

er Name ist sperrig, der Inhalt hingegen für viele Expertinnen und Experten ein echter Gamechanger und eine neue Art, nachhaltige Wirtschaft zu denken: die "Europäische Verordnung über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen". Sie ist gemeinhin als EU-Taxonomie-Verordnung bekannt und gilt als Kernstück für eine Klima- und Energiewende im Rahmen des Europäischen Green Deal.

Denn erstmals regelt eine Verord-

nung Kriterien zur Bestimmung, ob Wirtschaftstätigkeiten nachhaltig sind oder nicht. Die EU-Kommission hat damit einen rechtlichen Rahmen geschaffen, der ESG-Aspekte (Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekte) in den Fokus der Finanzwirtschaft und der Kapitalmärkte stellt und es ermöglicht, zu ermitteln, ob eine Investition nachhaltig ist.

Für das ehrgeizige Ziel eines klimaneutralen Europas muss nämlich massiv in neue. klimafreundliche Technologien investiert werden. Schätzungen der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2020 zufolge werden in den kommenden zehn Jahren zusätzliche Investitionen in der Höhe von rund 260 Milliarden Euro jährlich benötigt. Durch die Taxonomie soll es künftig privaten und institutionellen Anlegern vereinfacht werden, ihre Investitionen stärker nachhaltig auszurichten und mehr Kapital in grüne Wirtschaftszweige zu lenken.

"Die Differenzierung, dass wir uns nicht mehr die Frage stellen, ob ein Unternehmen nachhaltig ist oder nicht, sondern dass wir uns die Frage stellen, welche Wirtschaftsaktivitäten dazu beitragen, ein Nachhaltigkeitsziel zu erreichen, ist für mich revolutionär", sagt Christian Klein, Professor für Sustainable Finance an der Universität Kassel, im VBV-Podcast "VorDenken – nachhaltige Ansätze für morgen" über die Taxonomie-Verordnung.

Aber was regelt die Taxonomie genau, und welche Investitionen sind nun grün und welche nicht? Allen voran ist die Taxonomie ein EU-weit einheitliches Klassifizierungsinstrument, mit dem dargestellt wird, ob Projekte, Technologien und Unternehmensaktivitäten einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten oder nicht. Sie definiert technische Bewertungskriterien für nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten, derzeit vor allem in Bezug auf Klima- und Umweltschutzaspekte. Die Taxonomie-Verordnung ist nämlich in zwei Etappen umzusetzen: seit 2022 bezüglich der Umweltziele Klimaschutz

und Anpassung an den Klimawandel, ab Jänner 2023 dann auch in Hinblick auf die übrigen im Green Deal festgelegten Umweltziele nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasserund Meeresressourcen, Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung sowie Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme. Künftig sind solche Ziele und Bewertungskriterien auch noch für den Bereich Soziales geplant.

Darüber hinaus verpflichtet die Taxonomie-Verordnung Unternehmen zur Offenlegung der Taxonomie-Konformität ihrer Wirtschaftstätigkeiten. Diese müssen mit mindestens einem der sechs Umweltziele in Einklang sein, ohne dabei ein anderes Umweltziel wesentlich zu beeinträchtigen ("do no significant harm"), wenn sie im Sinne der Taxonomie als nachhaltig klassifiziert werden sollen. Ebenso sind dafür Mindeststandards in sozialen Bereichen sowie bei Menschenrechten zu erfüllen.

"Betroffen" sind davon alle

EU-Mitgliedsstaaten, alle Finanzmarktteilnehmenden, die Finanzprodukte anbieten, und Unternehmen, die zur nichtfinanziellen Berichterstattung verpflichtet sind. Die Taxonomie-Verordnung richtet sich aber auch an Unternehmen öffentlichen Interesses mit mehr als 500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und große Kapitalgesellschaften.

Die EU-Kommission hat allerdings bereits vorgeschlagen, die Berichtspflichten auszuweiten. Hinzu kommt außerdem, dass die bereits berichtspflichtigen Unternehmen die an sie gestellten Anforderungen oft auch an Zuliefernde weiterleiten. Denn um die eigene Taxonomie-Konformität beurteilen zu können. brauchen sie Daten von diesen. Dazu kommen die Berichtspflichten der Banken, die ihre Kennzahlen nur berechnen können, wenn sie wissen, ob ihre Kredite für Taxonomie-konforme Tätigkeiten genutzt werden. Die Taxonomie wird daher noch weitreichendere Folgen haben, weil auch kleine Unternehmen immer öfter Daten zur eigenen Nachhaltigkeit vorlegen werden müssen. O

OFFENLEGUNGSVERORDNUNG

Die Offenlegungsverordnung (Disclosure-Verordnung) ist eine weitere Verordnung im Rahmen des European Green Deal. Sie regelt Offenlegungspflichten von Finanzdienstleistern hinsichtlich der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in ihren Strategien, Prozessen und Produkten. Seit März 2021 ist sie in Kraft. Das bedeutet, dass zum Beispiel Fondsanbietende ihre Strategien in Bezug auf Nachhaltigkeitsrisiken offenlegen und bestimmte Transparenzpflichten erfüllen müssen. Alle angebotenen Finanzprodukte müssen Nachhaltigkeitsinformationen darlegen und außerdem einer von

drei Nachhaltigkeitskategorien zugeordnet werden – Artikel 6, Artikel 8 oder Artikel 9. Produkte, die nach Artikel 6 klassifiziert werden, gelten als traditionelle Finanzprodukte, die Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte nur in geringem Umfang oder gar nicht berücksichtigen.
Artikel-8-Produkte hingegen berücksichtigen ökologische und/oder soziale Aspekte. Wenn diese mit

berücksichtigen ökologische und/ oder soziale Aspekte. Wenn diese mit nachhaltigen Eigenschaften beworben werden, müssen sie transparent dargestellt werden. Diese Produkte werden oft auch als hellgrün ("light green") bezeichnet. Dunkelgrüne ("dark green")

Finanzprodukte sind gemäß Artikel 9 klassifiziert und müssen konkrete. nachweisbare Nachhaltigkeitsziele verfolgen. Lediglich die Einhaltung bestimmter Nachhaltigkeitskriterien reicht nicht mehr aus. Explizite Ziele können etwa die Reduktion von CO2-Emissionen oder die Verbesserung sozialer Standards sein. Durch die Verordnung soll es institutionellen wie privaten Anlegerinnen und Anlegern erleichtert werden, Finanzprodukte in den EU-Ländern in Bezug auf ihre Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt zu vergleichen. Außerdem soll dadurch Greenwashing verhindert werden.

9

20 Estimers and as regent eline version and as regent elin

Nachhaltige Veranlagung in der Praxis

Wie leistet eine große heimische Vorsorgeeinrichtung mit ihren Investments einen Beitrag zu einer besseren, nachhaltigen Welt? Ausgewählte Beispiele der VBV-Pensionskasse sollen dies veranschaulichen. Neben einem positiven Impact dieser Investments stehen immer auch solide Ertragschancen im Fokus.

Wie funktioniert nachhaltige Veranlagung konkret?

Die VBV investiert als institutioneller Anleger nicht direkt in Unternehmen, sondern bedient sich dafür diverser Partner und Fondsgesellschaften. Nachhaltige Investments werden von diesen überwiegend in Spezial- bzw. Themenfonds, die nach vorgegebenen Grundsätzen, Anforderungen und Konzepten der VBV-Pensionskasse gemanagt werden, veranlagt. Diese Vorgaben werden größtenteils in der VBV entwickelt, damit sie zur Nachhaltigkeitsstrategie und den nachhaltigen Veranlagungs- und Ertragszielen passen.

Harald Amon

Veranlagung der VBV-

ist Leiter der



Mit voller Windkraft voraus

hne Energie geht nichts. Die Dekarbonisierung des Energiesektors ist deshalb für den Klimaschutz von enormer Bedeutung. Um den wachsenden Energiebedarf der Welt zu decken, wird Energie aus erneuerbaren Quellen eine immer wichtigere Rolle spielen.

Dazu zählen erneuerbare Energieanlagen wie groß-flächige Solaranlagen oder Windparks, die sowohl am Festland (Onshore) als auch am Küstenvorfeld der Meere (Offshore) errichtet werden können. Deren Ausbau zu fördern und mitzufinanzieren hat sich auch die VBV-Pensionskasse zum Ziel gesetzt. "Noch

Clara Ehm

bei der VBV-

Pensionskasse.

ist Investmentmanagerin

vor ein paar Jahren waren solche Projekte teilweise von staatlichen Einspeisevergütungen und Subventionen abhängig. Heute ist das überwiegend anders. Stark gesunkene Kosten und Effizienzsteigerungen haben auch institutionellen Anlegern Chancen und Möglichkeiten eröffnet, hier Mittel zur Verfügung zu stellen", erklärt Clara Ehm, Investmentmanage-

rin bei der VBV-Pensionskasse.

Im Bereich Infrastruktur legt die VBV-Pensionskasse deshalb einen starken Fokus auf Fonds für erneuerbare Energien und Energietransition bzw. zukunftsweisende Technologien. Mit dem veranlagten Kapital werden beispielsweise erneuerbare Energieinfrastrukturanlagen errichtet. Dabei wird mit ausgewählten Partnern und Fondsmanagern, wie zum Beispiel einem dänischen Spezialisten für Investments in erneuerbare Energie,

zusammengearbeitet. Dieser hat schon Projekte wie einen großen Offshore-Windpark im deutschen Teil der Nordsee realisiert, der bereits seit 2018 grünen Strom für hunderttausend Haushalte produziert. "Daran kann man erkennen, wie groß der positive Effekt solcher Projekte ist. Neben einem wesentlichen Beitrag zur Energiewende bieten Investitionen in erneuerbare Energieanlagen aber auch Stabilität in verschiedensten Marktszenarien und erzielen damit langfristig attraktive Renditen für die Berechtigten", ist Ehm überzeugt.





Soziale Verantwortung für Senioren

Wir werden älter und leben länger. So ist etwa die Lebenserwartung von 60-Jährigen zwischen 1970 und heute um fast sieben Jahre angestiegen. Damit liegt die Lebenserwartung sowohl bei Männern als auch bei Frauen inzwischen deutlich über 80 Jahren. Der höhere Anteil von sehr alten Menschen führt zu einem erhöhten Pflegebedarf in Österreich und in ganz Europa. Dadurch werden immer mehr soziale Immobilien wie Pflegeheime oder Seniorenresidenzen gebraucht. Die VBV-Pensionskasse ist über einen Spezialfonds derzeit in 17 Pflegeeinrichtungen an unterschiedlichen Standorten in Österreich und Deutschland investiert.



»Für uns als Pensionskasse passen solche Investments sehr gut zu unserem Kerngeschäft, speziell in diesem Bereich einen aktiven Beitrag zu guten und bedarfsgerechten Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren zu leisten. Man sieht an diesem Beispiel auch sehr gut, dass der Kapitalmarkt zunehmend eine wichtige Rolle bei der Lösung und Finanzierung sozialer und gesellschaftlicher Herausforderungen einnimmt.«

HARALD AMON

FOTO: 12:

3

Mit Wasserstoff zur Energiewende

ine Wirtschaft ohne
Netto-Treibhausgasemissionen innerhalb der
nächsten 30 Jahre – das ist
das erklärte Ziel Europas,
um den Klimawandel abzuschwächen. Deshalb müssen erneuerbare Energien
fossile Brennstoffe wie Öl,
Kohle und Gas ablösen.
Im Zuge der nachhaltigen
Umgestaltung der Energieversorgung wird grüner
Wasserstoff dabei eine
zentrale Rolle spielen.

Was ist Wasserstoff? Wasserstoff (H) ist das häufigste chemische Element im Universum. Auf der Erde ist der Großteil des Wasserstoffs in Wasser (H₂O) gebunden.

Um diesen als transportfähige Energieguelle nutzen zu können, braucht man allerdings reinen Wasserstoff. Dieser ist 14-mal leichter als Luft. ist geruchlos und geschmacksneutral, weder giftig noch radioaktiv, entzündet sich nicht selbst und verbrennt völlig rückstandsfrei und ist deshalb eine gute Alternative zu Erdöl und Gas. Mithilfe von Power-to-X-Technologien kann aus temporären

24



Stromüberschüssen aus erneuerbaren Energiequellen (beispielsweise Photovoltaik oder Windenergie) mittels Elektrolyse Wasserstoff gewonnen werden.

Für die Umsetzung in diesem Zukunftsbereich arbeitet die VBV mit einem führenden skandinavischen Partner zusammen. »Die Technologie zur Herstellung von Wasserstoff ist seit vielen Jahren erprobt. Die Umsetzung im großvolumigen Bereich soll durch unsere Investments angestoßen werden. Der gewonnene Wasserstoff als Energieträger sowie seine zahlreichen Verarbeitungsmöglichkeiten in der Chemie-, Düngemittel- oder Stahlindustrie (Ammonium, Methanol etc.) gelten als Schlüsseltechnologie der Energie- und Verkehrswende.«

ist Senior Investmentmanager

bei der VBV-Pensionskasse.

MICHAEL KIRNSTÖTTER

Mit dem Elektro-Bus in die Schule

in kleines, aber umso nachhaltigeres Projekt wickelt die VBV mit einem international tätigen Infrastrukturfonds ab. Weltweit bemühen sich derzeit Autohersteller um die rasche Entwicklung und Markteinführung von Elektrofahrzeugen, insbesondere von PKWs für Privatpersonen. Während E-Autos die Schlagzeilen und Werbung in den Medien beherrschen, sind Elektrobusse zwar nicht so bekannt, aber dafür bereits weit verbreitet und erfolgreich im Einsatz. Gerade in

großen Ballungsräumen bietet der elektrische öffentliche Verkehr gleich mehrere Vorteile: Neben weniger klimaschädlichen CO₂-Emissionen sind E-Busse leiser und verhelfen auch zu besserer Luft, da die Stickstoffdioxidwerte geringer sind.

Der Infrastrukturfonds, an dem die VBV-Pensionskasse beteiligt ist, investiert großflächig in E-Busse für den öffentlichen Verkehr in lateinamerikanischen Großstädten wie zum Beispiel in Santiago de Chile. Damit konnte bereits eine Flotte von 433 E-Bussen sowie Ladestationen finanziert werden. "Dieses Investment hat großes Ertragspotenzial, weil es in vielen lateinamerikanischen Städten klare politische Vorgaben gibt, den öffentlichen Verkehr rasch auf Elektromobilität umzustellen", erklärt Bettina Riedl von der VBV-Pensionskasse. "Wir prüfen zwar laufend Investment-möglichkeiten in Europa und Österreich, aber wo auf der Welt CO₂ eingespart wird, ist letztendlich egal. Lateinamerika entwickelt sich beim Thema E-Mobilität im öffentlichen Verkehr vorbildlich – eine Entwicklung, die wir durch unsere Investments gerne unterstützen." O





Kunden wünschen sich nachhaltige Veranlagung

Als größte österreichische Pensionskasse trägt die **VBV** Verantwortung für mehr als 345.000 Personen und rund 8.4 Milliarden Euro veranlagtes Sozialkapital. Da das Kapital treuhändisch für die Berechtigten investiert wird, spielt die Meinung der Kunden und Stakeholder für die VBV eine zentrale Rolle. Regelmäßige Befragungen leisten einen wichtigen Beitrag, um Einblicke in die Erwartungen und Einschätzungen der Stakeholder zu unterschiedlichen Themen zu gewinnen. Die Ergebnisse werden evaluiert und fließen in die Management- und Strategieprozesse mit ein.

iele Menschen achten bereits bewusst auf einen nachhaltigen Lebensstil. Doch wie sieht es mit der Nachhaltigkeit bei der Veranlagung des eigenen Pensionskapitals aus? Anfang 2022 bat die VBV aktive Berechtige und Pensionsbeziehende erneut zu einer anonymen Umfrage, um sie zum Thema Nachhaltigkeit zu befragen. Das Ergebnis zeigt einen klaren Trend: Nachhaltigkeitskriterien bei Investments gewinnen bei den Berechtigten der VBV-Pensionskasse immer mehr an Bedeutung.

Bei der vom unabhängigen Meinungsforschungsinstitut MAKAM durchgeführten Befragung gaben



acht von zehn Berechtigten an, dass Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit ihrer Pensionsvorsorge ein (sehr) wichtiges Thema ist. Insgesamt wurden rund 7.000 Berechtigte, darunter mehr als 2.000 Pensionistinnen und Pensionisten der VBV-Pensionskasse, befragt. Die Zustimmung zu einer nachhaltigen Veranlagung ist seit 2017 um fast 15% gestiegen und zeigt, dass das Thema nicht nur im Privatleben angekommen ist, sondern auch bei der Veranlagung des Pensionskapitals. Dabei liegen die befragten Gruppen fast gleichauf: 82% der aktiven Berechtigten und 80% der Pensionsbeziehenden gaben an, dass ihnen nachhaltige

Kriterien bei der Veranlagung wichtia bzw. sehr wichtia sind. Zudem zeigt sich: In beiden Kundengruppen erachten Frauen Nachhaltigkeit bei der Veranlagung für wichtiger als Männer. Pensionistinnen und Pensionisten betrachten das Thema mit zunehmendem Alter allerdings als immer weniger wichtig.

Welche Aspekte der Nachhaltigkeit besonders relevant sind

Die Berechtigten konnten auch die für sie wichtigsten Aspekte nachhaltiger Veranlagung angeben. Das aktive Investieren in Zukunftstechnologien, wie zum Beispiel erneuerbare Energien, wurde dabei am häufigsten

genannt. Bei den aktiven Berechtigten spielen soziale und ethische Aspekte eine wichtige Rolle (45%). Die Pensionistinnen und Pensionisten sprechen sich hingegen eher für Investments in den Wirtschaftsstandort Österreich (37%) aus.

Frauen setzen auf andere Veranlagungsaspekte als Männer

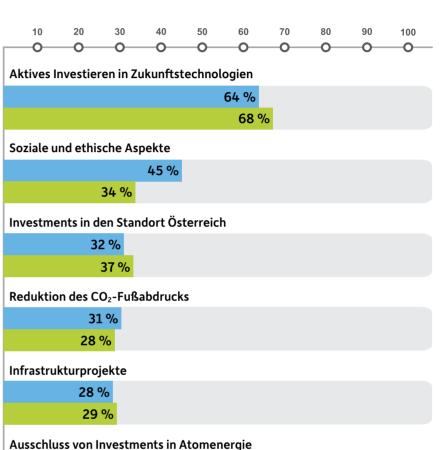
Der Blick auf die Geschlechter offenbart unterschiedliche Schwerpunktsetzungen, die sich bei den aktiven Berechtigten und Pensionsbeziehenden jedoch in etwa decken. Für Frauen sind das aktive Einwirken auf Unternehmen sowie soziale und ethische Aspekte (z. B. Arbeitnehmerrechte etc.) wichtig. Von den männlichen Befragten werden hingegen das aktive Investieren in Zukunftstechnologien und die stärkere Gewichtung von Investments in den Wirtschaftsstandort Österreich als bedeutender eingeschätzt.

Atomkraft? Ältere sagen: ..Nein danke!"

Atomkraft ist derzeit ein viel diskutiertes Thema. Die EU-Kommission hat in der Taxonomie-Verordnung Atomkraft als "grüne" Brückentechnologie eingestuft. Atomkraftwerke sollen bis 2045 als nachhaltig gelten, sofern die Frage der Endlagerung geklärt ist. 27% der aktiven Berechtigten und 34% der Pensionsbeziehenden der VBV sprechen sich allerdings für einen weitgehenden Ausschluss von Investments in Atomenergie aus. Dabei lässt sich auch ein sehr deutlicher Altersunterschied erkennen. Dieser ist allerdings etwas überraschend, weil den Befragten mit steigendem Alter der Ausschluss von Atomenergie immer wichtiger wird:

Während für nur 17% der 18- bis 30-Jährigen Investments in Atomenergie ein No-Go sind, steigt der Prozentsatz bei den über 55-lährigen auf über 30%. Die stärkste Ablehnung findet sich bei den Pensionsbeziehenden: Für über ein Drittel der Befragten ist der Ausschluss von Atomenergie ein wichtiges Thema. O

Welche Aspekte einer verantwortungsvollen Veranlagung sind Kunden besonders wichtig?



27% 34 %

Aktives Einwirken auf Unternehmen

21 % 21 %

Gar keine

7% 7%

Weiß nicht/k. A.

1%

1%

Aktive Berechtigte

Pensionsbeziehende

